

Bündnis gegen Profitmacherei

Kritiker wollen Kommerzialisierung des Gesundheitssystems nicht hinnehmen

Mit der Einführung von Fallpauschalen kommerzialisierte sich die deutsche Krankenhauslandschaft. In der Hauptstadt gründeten am Wochenende etwa 130 Kritiker ein neues Bündnis dagegen.

Von Ulrike Henning

2005 wurden in Deutschland 325 000 Menschen an der Wirbelsäule operiert, sechs Jahre später waren es schon 735 000 Fälle. Solche »Mengenausweitungen« bei lukrativen Eingriffen gehören zu den Folgen des Fallpauschalensystems. Es wurde 2004 eingeführt, hinter der Abkürzung DRGs verbirgt sich der englische Begriff Diagnosis Related Groups. Die Betriebskosten der Krankenhäuser werden seitdem ausschließlich durch diese Pauschalen finanziert. Angesichts der Mengenausweitungen sprechen Kritiker bereits von einem System »wirtschaftlich motivierter Körperverletzung«, da die Entscheidung für eine Operation immer häufiger nicht vom dem bestimmt wird, was medizinisch notwendig ist. Sogar die Ärztegewerkschaft Marburger Bund und die Bundesärztekammer fassten Beschlüsse gegen die DRGs. In der Krankenhauspolitik kam jedoch kaum etwas von der Kritik an.

Von den Fallpauschalen betroffen sind auch die Ärzte – über deren Er-

fahrungen berichtete Peter Hoffmann in Berlin. Der Anästhesist aus München lernte als Berufsanfänger vor 23 Jahren noch die strikte Krankenhaushierarchie kennen, bei der die Verwaltungsleiter dem Chefarzt untergeordnet war. Mit dem Wechsel zu den DRG wurden die medizinischen Mitarbeiter ausdrücklich aufgefordert, immer die finanziellen Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu bedenken. Chefarzte wurden vor allem danach eingestellt, ob sie »neue Produkte« – also beispielsweise die Fähigkeit zu innovativen Operationsmethoden – mitbringen, und weniger nach ihrer Eignung zur Leitung.

Hoffmann arbeitet in einer defizitären städtischen Klinik. Für die sollte die Verdoppelung der Bettenzahl in der Stroke Unit, in der Schlaganfallpatienten versorgt werden, zur Rettung werden. Ob das für den Großraum München Sinn mache, fragte niemand. Die Beratungsgesellschaft McKinsey empfahl schließlich, in der Pflege Stellen zu streichen. Heute sind 120 Betten des Hauses wegen Pflegekräftemangel gesperrt. Aus der Sicht des Arztes unterstützen die Fallpauschalen eine »forsche, hochinvasive Tendenz« in der Medizin, deren Wirksamkeit überschätzt werde.

Während die Ärzte im Fallpauschalensystem immer noch gutes Geld verdienen, verstärkte sich der Ar-

beitsdruck in der Pflege enorm. Christiane Schulz begann die Ausbildung 1975 – aus ihrer Anfangszeit kennt sie noch die gemeinsamen Pausenablösungen mit den Kollegen anderer Berufsgruppen. Die gibt es heute nicht mehr. Für die Pflegekräfte stehen Überlastungsanzeigen auf der Tagesordnung: Sie werden aus dem »Frei« geholt, bleiben länger und verzichten auf Pausen. Mitarbeiter wehrten sich, indem sie versuchten, auf eine Teilzeitstelle auszuweichen. Jüngere Kollegen hätten das System dagegen schon verinnerlicht. »Dann ist eine Abwendung vom Patienten möglich«, bedauerte Schulz, die seit vier Jahren an der Uniklinik Göttingen als Personalrätin freigestellt ist.

Das neue Bündnis hält vor allem die lokale Ausbreitung des Widerstandes gegen die DRGs für sinnvoll, resümierte Nadja Rakowitz vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte. Der nächste Schwerpunkt sei das geplante Gesetz zur Krankenhausreform, das auch den Bundesrat passieren muss. »Kommt das Gesetz so wie geplant, werden sich die jetzigen Probleme weiter verschärfen, weil dann Festpreise durch Marktpreise ersetzt werden«, so Rakowitz. Das Bündnis plant ein nächstes bundesweites Treffen am 19. September in Hannover.